

Nachrichten

Bundesrat will das Mietrecht anpassen

Bern. Mieter sollen ihre Wohnung einfacher auf Buchungsplattformen wie Airbnb anbieten können. Der Bundesrat hat gestern eine Änderung des Mietrechts in die Vernehmlassung geschickt. Heute ist es bei jeder einzelnen kurzzeitigen Untermiete notwendig, den Vermieter um Erlaubnis zu fragen – nicht immer sei dies auch eingehalten worden, argumentiert der Bundesrat. Der neue Artikel sieht eine generelle Zustimmung zur wiederholten kurzzeitigen Untermiete vor – auf Gesuch des Mieters. Allerdings kann der Vermieter die Zustimmung verweigern. SDA

Weiterbildung soll verbessert werden

Bern. Weiterbildung und berufliche Umorientierung gehören nicht zu den Hauptaufgaben der Arbeitslosenversicherung. Diese kann aber auf neue Anforderungen des Arbeitsmarkts reagieren, so der Bundesrat – er ortet Handlungsbedarf. Gesetzesänderungen seien nicht notwendig, es brauche aber Optimierungen beim Vollzug. Das Staatssekretariat für Wirtschaft will den Kantonen unter anderem Vorgaben machen, welche Ausbildungen unterstützt werden können. Bei Bedarf sollen die Kantone auf ein Coachingangebot zurückgreifen können. Zudem sollen die administrativen Hürden für die Ausbildungszuschüsse gesenkt werden. SDA

Schweiz unterstützt IKRK mit 80 Millionen

Bern. Die Schweiz unterstützt das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) auch 2018. Der Bundesrat hat 80 Millionen Franken für den Genfer Hauptsitz gesprochen, gleich viel wie im vergangenen Jahr. Zusätzlich zum Sitzbeitrag finanziert die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit mit 60,9 Millionen Franken spezifische humanitäre Operationen des IKRK. Letztes Jahr waren dafür 62,5 Millionen Franken gesprochen worden. Die Schweiz war 2017 der fünfgrößte Geber an das Budget des IKRK. SDA

Zeuge Jehovas vor Bundesgericht abgeblitzt

Lausanne. Ein Zeuge Jehovas ist vor dem Bundesgericht mit seiner Klage gegen eine Berner Privatklinik abgeblitzt. Der Mann fühlte sich diskriminiert: Weil er eine Bluttransfusion ausschliessen wollte, lehnte die Klinik die Operation einer Diskushernie ab. Das tat sie mit gutem Recht, wie die Lausanner Richter in dem gestern publizierten Urteil festhalten. Mit seinem Entscheid stellt sich das Bundesgericht hinter die Vorinstanz, das bernische Obergericht. Die Klinik wolle nicht das Risiko eingehen, einen Patienten bei der Operation verbluten zu lassen. SDA

Externe Untersuchung zu Tariq Ramadan

Zürich. Die Genfer Regierung hat eine externe Untersuchung zur Affäre um Tariq Ramadan in Auftrag gegeben. Mit der Untersuchung wurden zwei Experten beauftragt, die noch im laufenden Jahr einen Zwischenbericht vorlegen sollen. Quynh Steiner Schmid und Michel Lachat sollen diese Woche ihre Arbeit aufnehmen. Sie werden die Tätigkeit des umstrittenen Islamwissenschaftlers an den Genfer Schulen zwischen 1984 und 2004 analysieren. SDA

Jung gegen Alt

Einflussnahme auf die Partei-Parolen zum neuen Geldspielgesetz



Lassen sich nicht unter Druck setzen. Jung-FDP-Mann Thomas Juch (links) und Benjamin Fischer, Junge SVP.

Von Beni Gafner, Bern

Hinter den Kulissen von FDP und SVP herrscht derzeit Nervosität. Sagen die Parteien an ihren Versammlungen vom Wochenende Ja zum neuen Geldspielgesetz? Oder setzen sich die Jungparteien mit ihrem Nein durch, das sie mit dem erfolgreich ergriffenen Referendum auch an der Urne erreichen wollen?

Klar ist heute – der nächste Abstimmungstermin vom 10. Juni wirft Schatten. Sie dürften länger werden, je mehr der Öffentlichkeit klar wird, mit welchen Unterzügen die vereinigten Interessenvertreter aus dem kantonale regulierten Lotteriewesen (Swisslos) und von den eidgenössisch regulierten Casinos ihr Gesetz durchzuschleusen versuchen. Ihr erstes Ziel haben die Casino-Vertreter verfehlt. Sie wollten ihr protektionistisches Vorhaben unter dem Radar der Stimmbevölkerung durchbringen. Das geht nun nicht mehr, nachdem das Volk per Referendum zum Urnengang gerufen ist.

So dürfte in den kommenden Wochen und Monaten erstaunliche Vorgänge um Interessenvertreter Thema werden. Dazu gehört, dass die Vereinigung der Pokerspieler, die künftig ihrem Hobby gemäss Gesetz mit Pots von bis zu 30 000 Franken legal frönen können sollen, mit mehreren Zehn-

tausend Franken «Sponsoringgeldern» von Swisslos ausgestattet wurden. Sollen sie im Abstimmungskampf ruhiggestellt werden?

Dazu gehört auch, dass der junge FDP-Nationalrat Philippe Nantermod (im Rat seit November 2015), der von seinen Parteioberen dazu angehalten wird, solange den Mund zu halten, bis die FDP-Delegierten die Parteiparole zum Geldspielgesetz gefasst haben. Der Walliser Nantermod findet sich in der FDP-Fraktion in einer achtköpfigen Minderheit wieder, die sich gegen die Netzsperrern im neuen Gesetz stemmen.

Powerplay der Sportpolitiker

Die Jungparteien von FDP, SVP Grünliberalen und jungen Grünen stören sich vor allem an diesen Internetblockaden. Das Gesetz ermöglicht es nämlich, ausländische Online-Geldspiele zu blockieren. Den bestehenden Schweizer Casinos, etwa jenen von Basel, Bern und Baden, erlaubt das Gesetz hingegen, Geldspiele auch im Internet anzubieten. Die Jungparteien sehen darin den Anfang einer immer breiteren Internetzensur. Wird in nächsten Schritten etwa Netflix blockiert, um die SRG zu schützen? Oder Zalando, um Kleider- und Schuhgeschäfte zu bevorzugen? So fragen die Gegner des neuen Gesetzes aus den Jungparteien rhetorisch. Für den Vorstand der Jungfrei-

sinnigen, Thomas Juch, ein Genfer Student, ist die Gesetzesvorlage aus liberaler Sicht grauerregend. «Ich musste mir von älteren FDP-Politikern einiges an dummen Sprüchen anhören», sagte er gestern. Von Druckversuchen will Juch aber nicht reden. Härter ging es da wohl in der SVP zu. Die Sportpolitiker Adrian Amstutz (BE) und Jürg Stahl (ZH) zogen zuletzt ein Power-Play auf, nachdem zwei Drittel der SVP-Nationalräte um den Luzerner IT-Unternehmer Franz Grüter gegen das Geldspielgesetz gestimmt hatten. Mit viel Druck zogen sie SVP-Räte ins Ja-Komitee, obwohl diese Nein gestimmt hatten.

«Ich hatte Diskussionen», sagt Benjamin Fischer, der Präsident der JSVP. Er erwähnt intensive Gespräche mit dem Zürcher SVP-Regierungsrat Ernst Stocker, der für das Geldspielgesetz weibelt. Doch unter Druck setzen liess sich Fischer dabei offenbar nicht. «Wir haben die besseren Argumente auf unserer Seite», sagt er selbstbewusst. Bei der SVP wird der gut 120-köpfige Vorstand morgen die Parole fassen. «Ich bin zuversichtlich, dass wir gewinnen», sagt Fischer, der dort vertreten sein wird. Bei der FDP wollen die Jungen derweil zahlreich aufmarschieren und Gegendruck ausüben. Ob den Jungen von SVP und FDP nach dem erfolgreich eingereichten Referendum der zweite Coup gelingt, wird am Wochenende klar.

Bundesrat lehnt Wohnungs-Initiative ab

Regierung hält Markteingriffe weder für «nötig noch realistisch»

Bern. Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Er hat gestern die Botschaft zur Volksinitiative verabschiedet. Der Mieterverband verlangt mit dieser, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen das Angebot an preisgünstigen Mietwohnungen fördert. Mindestens zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen müssten im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sein. Das soll unter anderem mit Vorkaufsrechten für Kantone und Gemeinden erreicht werden.

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Initiative abzulehnen. Aus seiner Sicht sind solche Markteingriffe

weder nötig noch realistisch. Die Initiative sei nicht mit den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung vereinbar. Die Wohnungspolitik des Bundes habe sich bewährt, die Bevölkerung sei im Schnitt ausreichend und zu tragbaren Bedingungen mit Wohnraum versorgt.

Der Bundesrat will aber, dass der gemeinnützige Wohnungsbau den heutigen Marktanteil von vier bis fünf Prozent halten kann. Deshalb unterbreitet er dem Parlament einen Bundesbeschluss über einen Rahmenkredit über 250 Millionen Franken. Das Geld soll in den bestehenden Fonds de Roulement zugunsten der gemeinnützigen Wohnbau-

träger fließen. Daraus werden verzinsliche Darlehen für den Bau, die Erneuerung oder den Erwerb von preisgünstigen Wohnungen ausgerichtet. Seit 2003 konnten so durchschnittlich 1500 Wohnungen pro Jahr unterstützt werden.

In der Vernehmlassung wurde der Rahmenkredit mehrheitlich befürwortet. Ablehnend geäußert haben sich indes FDP und SVP. Während sich die FDP gegen die Aufstockung der Mittel aussprach, verlangte die SVP die Auflösung des Fonds de Roulement. Ihrer Ansicht nach ist die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus keine Bundesaufgabe. SP und Grüne dagegen verlangen mehr Mittel für den Fonds. SDA

Bund will Ruag aufspalten

Strukturanpassung bis 2020

Bern. Der Bundesrat will den bundesnahen Rüstungskonzern Ruag aufspalten. Nach seinem Willen sollen die für die Armee tätigen Geschäftseinheiten in eine neue Gesellschaft überführt werden. Den Grundsatzentscheid fällt der Bundesrat gestern an einer Aussprache über die Ruag. Im Einklang mit deren Verwaltungsrat soll die Konzernstruktur bis 2020 angepasst werden.

Konkret will der Bundesrat eine neue Struktur für jene Teile der Ruag schaffen, die als Materialkompetenzzentren für die Schweizer Armee jährlich Leistungen in der Höhe von rund 400 Millionen Franken erbringen. Laut dem Verteidigungsdepartement (VBS) geht es dabei in erster Linie um die Betreuung und Instandhaltung der Systeme der Armee. Die Leistungen fallen vor allem in den Geschäftseinheiten Ruag Aviation und Ruag Defence an. Die neue Konzerngesellschaft soll unter dem Namen Ruag Schweiz fungieren.

Die übrigen Teile des Unternehmens, die weltweit zivile und internationale militärische Geschäfte tätigen, würden dann nach dem Willen des Bundesrates zur neuen Gesellschaft Ruag International verschmelzen.

Der Bundesrat begründet die Neustrukturierung mit der höheren Informatikicherheit, weil die Systeme der neuen Gesellschaften vollständig voneinander getrennt werden. Das Geschäftsfeld Cybersicherheit soll ebenfalls in die Ruag Schweiz überführt werden, wie ein VBS-Sprecher erklärte. Er verneinte jedoch, dass der Schritt eine Folge des 2016 bekannt gewordenen Cyber-Angriffs auf die Ruag sei.

Mit der neuen Struktur erhalte die Ruag International zudem mehr Spielraum, um sich auf dem internationalen Markt zu positionieren, erklärte der VBS-Sprecher weiter. Nach Ansicht des Bundesrates können die bestehenden Synergien zwischen dem VBS und der Ruag weiter genutzt werden. SDA

Kritik an Replay-Angeboten

TV-Sender wollen mehr Geld

Zürich. Die Schweizer TV-Sender gehen wegen der Replay-Angebote von Telekommunikationsunternehmen wie Swisscom, Sunrise und UPC vor Bundesverwaltungsgericht. Von der immer stärkeren Nutzung von zeitversetztem Fernsehen (Replay) profitieren nicht die Sender, sondern einzig die TV-Verbreiter, schreibt die Interessengemeinschaft Radio und Fernsehen (IRF). Dieser gehören die SRG, die privaten Schweizer Sender, der Verband Tele Suisse und die meisten ausländischen Sender an, deren Programme in der Schweiz empfangen werden können.

Die Eidgenössische Schiedskommission habe im Februar den neuen Replay-Tarif genehmigt, ohne den TV-Sendern Parteirechte zu gewähren, begründete die IRF gestern den Gang vor das Bundesverwaltungsgericht. Die TV-Verbreiter könnten über 50 000 Programmstunden gegen eine Entschädigung an die Verwertungsgesellschaften von nur Fr. 1.60 pro Abonnent und Monat (bisher: Fr. 1.50) zeitversetzt anbieten, macht die IRF geltend. Dabei könnten sie die Sender-Werbung umgehen.

Die Existenz des werbefinanzierten, frei empfangbaren Fernsehens ist laut der IRF mit dem aktuellen Tarif infrage gestellt. Der konkrete finanzielle Schaden wird für das laufende Jahr auf 140 Millionen Franken beziffert. SDA

ANZEIGE

BEAUTY & SILENCE

10% SCHLAF BONUS*

riposa SUPERNOVA – Rückenmatratze von riposa Swiss Sleep.
Schweizer Schlafkomfort für gesunde, schöne Schlaferlebnisse. riposa.ch

riposa
SWISS SLEEP

* Beim Kauf einer Rückenmatratze riposa SUPERNOVA oder riposa OPEBA profitieren Sie von 10% auf den Verkaufspreis. Angebot erhältlich vom 12. März bis 12. Mai 2018 in Ihrem Fachhandel.